

**Ö F F E N T L I C H E S   R E C H T**

# **Eingriffsrecht im Polizeidienst**

## **Band II – Hauptstudium**

**(einschließlich der studiengangorientierten Grundzüge des Waffen- und Versammlungsrechts, des Ausländer-, Jugendschutz- und Gewerberechts sowie der grenzüberschreitenden Polizeiarbeit)**

**Fachbuch mit Fallbeispielen - erläutert für Theorie und Praxis  
(orientiert am Bachelorstudiengang des Polizeivollzugsdienstes NRW)**

**14. aktualisierte Auflage**

**des auf das Curriculum des Bachelorstudienganges abgestellten,  
ursprünglich von Wolfgang Kay und Reinhold Böcking begründeten,  
von der 3. - 9. Auflage von Wolfgang Kay bearbeiteten Werkes**

**von Thomas Osterlitz**

**Verlag Bernhardt-Witten · 58456 Witten**

**Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Verlag: Bernhardt-Witten, Bruchstr. 33, 58456 Witten  
☎ 02302-71713, Telefax 02302-77126  
E-Mail: mail@bernhardt-witten.de  
Internet: www.bernhardt-witten.de

Satz: Schreibservice Bernhardt, Witten

Druck: inprint druck und service, Erlangen

© 2017 by Verlag Bernhardt-Witten

Alle Rechte vorbehalten.

Die Vervielfältigung, insbesondere das Nachdrucken oder Fotokopieren, ist nach Urheberrechtsgesetz nicht gestattet - auch nicht für Unterrichtszwecke - und strafbar (§ 106 UrhG: "... mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe ...").

Dies gilt sowohl für Studierende als auch für Lehrende. Im Falle der Zuwiderhandlung wird Strafantrag gestellt und Schadensersatz geltend gemacht.

## Vorwort zur 14. Auflage

Mit der 11. Auflage vom August 2014 wurden die beiden Bände des Lehrbuchs dem Bachelorstudiengang des Polizeivollzugsdienstes NRW an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen angepasst, um damit den Studierenden ein exakt auf das Studium abgestelltes Werk anzubieten. Mit der 14. Auflage erfolgt eine Aktualisierung der Inhalte der 13. Auflage, die durch die Einführung der Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte (§ 6 a PolG NRW) sowie der Vorschrift zur Datenerhebung durch den Einsatz körpernah getragener Aufnahmegeräte (§ 15 c PolG NRW) und die Neufassung der Beschlagnahme zur Sicherung der Einziehung oder der Unbrauchbarmachung (§§ 111 b ff StPO, §§ 73 ff StGB, §§ 74 ff StGB) auch deshalb notwendig geworden ist, weil die Inhalte zu Änderungen im Curriculum des Studienganges Bachelor Polizei NRW führen. Das Buch eignet sich in besonderem Maße sowohl für die Vor- und Nachbereitung vermittelter Inhalte als auch zur Vorbereitung auf die unterschiedlichen Formen der Modulprüfungen.

Ursprüngliche Inhalte des Buches sind ebenfalls am Ende des Bandes II erhalten geblieben.

### Zu diesem Lehrbuch

Es soll eine Hilfe sein – aber wobei?

Soweit Sie sich für den Studiengang Bachelor Polizeivollzugsdienst erfolgreich qualifiziert haben, bekommen Sie dieses Lehrbuch möglicherweise zu einem Zeitpunkt in die Hand, zu dem Sie noch wenig Orientierung in Ihrem Studiengang gefunden haben.

Sie wissen, was Sie möchten: Sie möchten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte des Landes Nordrhein-Westfalen werden und Sie wissen, dass Sie dafür diesen Studiengang mit dem Abschluss Bachelor nach drei Jahren benötigen. Sie haben erfahren, dass sich der Studiengang in mehrere Theorieabschnitte gliedert, die immer wieder durch Aufenthalte im Training und in der Praxis ergänzt werden – eben ein ganz besonderer dualer Studiengang.

Ihr erster Eindruck mag geprägt sein von einer Fülle an Informationen durch Ihre Ausbildungsbehörden, aber auch durch die Lehrenden an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, die Sie mit den dem Grundstudium zuzurechnenden Fachlichkeiten konfrontiert haben oder konfrontieren. Sie haben erfahren, dass Sie Prüfungen unterschiedlichster Art in einem vorgegebenen Zeitrahmen abzulegen haben. Vielleicht haben Sie mit Sorge festgestellt, dass es im Falle des Scheiterns grundsätzlich nur eine Möglichkeit der Wiederholung gibt.

In diesem Rahmen präsentieren sich Ihnen die Fächer Staatsrecht und Eingriffsrecht in einem Modul. „Modul“ bedeutet für Sie immer zum Abschluss eine Form von Leistungsnachweis. Hier handelt es sich um das Modul GS 2, also ein Modul des Grundstudiums, das derzeit durch eine Klausur am Ende des Grundstudiums abgeschlossen wird. Dabei werden Sie – wie auch in Modulen mit weiteren Rechtsfächern – aufgefordert werden, Ihre Kenntnisse in einem zu erstellenden Gutachten zu einer in einem Sachverhalt beschriebenen Situation darzulegen. Ein wesentlicher Teil Ihrer Arbeit im Fach Eingriffsrecht wird dadurch bestimmt sein, dass Sie Normen kennenlernen, sachverhaltsbezogen analysieren und gutachterlich prüfen.

Um Ihnen den Zugang dazu zu erleichtern und Sie letztlich bezogen auf die Prüfungen anwendungssicher, vor allem aber bezogen auf die praktische Polizeiarbeit handlungssicher zu machen, wurde dieses Lehrbuch geschrieben.

Zur besseren Nachvollziehbarkeit orientiert sich das zweibändige Lehrbuch dabei inhaltlich an dem aktuellen Curriculum des Studienganges Bachelor PVD NRW. Der erste Band umfasst das Grundstudium, der zweite Band die drei Hauptstudienzeiträume.

Die Bände enthalten darüber hinaus in den Anhängen Ausführungen zum von Ihnen erwarteten Gutachtenstil sowie Musterlösungen zu Sachverhalten.

Die Lehrbücher gewährleisten, dass Studierenden und in der Praxis Tätigen aktuelle Literatur an die Hand gegeben wird, die ihnen den Einstieg in das Eingriffs- und Verwaltungsrecht, die Vertiefung der Rechtskenntnisse und die Anwendung des Rechts erleichtert. Beispiele aus dem polizeilichen Alltag gewährleisten, dass insbesondere die Studierenden schnell die notwendigen Rechtskenntnisse erwerben und einen sachgerechten Umgang mit gesetzlichen Bestimmungen erlernen.

Dabei verzichtet das Lehrbuch zwar nicht mehr auf die Modulstruktur des Bachelorstudienganges des Polizeivollzugsdienstes im Land Nordrhein-Westfalen, gleichwohl bleibt die Nutzung der Inhalte auch außerhalb der Landesgrenzen weiterhin möglich. Der Praktiker erhält mit den Lehrbüchern auch in der neuen Struktur die Möglichkeit zur Aktualisierung und Vertiefung des vorhandenen Wissens und zur Klärung von Zweifelsfragen. Das wird auch dadurch gewährleistet, dass Band II, der sich inhaltlich grundsätzlich auf den Zeitraum des Hauptstudiums des Bachelorstudienganges Polizeivollzugsdienst bezieht, einen Anhang mit darüber hinausgehenden Befugnisnormen enthält.

Auf ein korrektes Gendern wurde im Interesse der Lesbarkeit der Texte verzichtet.

Herrn Wolfgang Kay, seit der 3. Auflage allein verantwortlicher Herausgeber der bisherigen Auflagen, gebührt Dank für die mir gegebene Möglichkeit, dieses etablierte Lehrbuch fortsetzen zu dürfen. Für Rückmeldungen zur 14. Auflage über den Verlag, insbesondere hinsichtlich der Aufdeckung redaktioneller Nachlässigkeiten, wäre ich dankbar.

Herdecke, im Juni 2017  
Thomas Osterlitz

## Vorwort zur 1. Auflage

Gesetz und Recht bestimmen das Leben der Menschen in der Gemeinschaft und gewährleisten öffentliche Sicherheit. Polizeiliche Arbeit ist überwiegend Rechtsanwendung. Rechtsanwendung ist ein Prozess, in dem ein konkreter Lebenssachverhalt mit dem gültigen Recht abgeglichen und entschieden wird.

Die Anforderungen an den Polizeibeamten sind entsprechend der unterschiedlichsten Problem- und Interessenlagen hoch. Viele Geschehnisse erfordern Kenntnisse auf mehreren Rechtsgebieten zugleich. Das erschwert die Rechtsfindung.

Die Verfasser haben es sich darum zur Aufgabe gemacht, das Eingriffsrecht der Polizei orientiert an vielen praktischen Problemlagen umfassend darzustellen und insbesondere auch die Beziehungen der einzelnen Rechtsgebiete zueinander aufzuzeigen. Zugeschnitten ist das Buch auf den praktischen Polizeidienst und hier insbesondere auf die örtliche Fortbildung der Behörden. Es soll aber auch eine wesentliche Hilfe für den sein, der in der Praxis Rechtsgutachten zu verfassen hat. Ganz besonders berücksichtigt wurden die Bedürfnisse der Studenten an den Fachhochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen - Fachbereich Polizei. Darum wurde das Buch nach dem Curriculum für die Studienabschnitte 1 und 2 gegliedert. Aber auch Studenten der Rechtswissenschaften an den Universitäten sollte das Buch eine große Hilfe sein, weil sich jede Rechtslage am wirklichen Leben orientiert. Das Werk endet mit den Befugnissen zur Datenerhebung. In einem zweiten Band, der im nächsten Jahr erscheinen kann, werden die Standardbefugnisse der Polizei und die Zwangsbefugnisse erläutert.

Kreuztal, im September 1996  
Wolfgang Kay / Reinhold Böcking

## Zum Verfasser

### Thomas Osterlitz,

Jahrgang 1960, trat 1978 nach Erlangung der allgemeinen Hochschulreife in den mittleren Polizeivollzugsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen ein. Nach Ablegen der I. Fachprüfung (mittlerer Dienst) im Jahr 1980 versah er Einzeldienst beim PP Düsseldorf und PP Dortmund. Von 1982 bis 1985 studierte er an der FHöV NRW in Dortmund, legte dort seine II. Fachprüfung (gehobener Dienst) ab und erwarb den Grad des Diplomverwaltungswirtes. Anschließend war er Dienstgruppenleiter beim PP Bochum, Sachbearbeiter im „Polizeidezernat“ der BR Arnsberg und Fachlehrer in Selm. Von 1991 bis 1993 studierte er an der Polizeiführungsakademie in Münster-Hiltrup und beendete diese mit der III. Fachprüfung (höherer Dienst). Von 1993 bis 1996 war er Ausbildungsleiter und Leiter Abteilungsstab der Bereitschaftspolizeiabteilungen VII (Stukenbrock) und III (Wuppertal). Von 1996 bis 2000 leitete er die Polizeiinspektion Ost beim PP Bochum. In den Jahren 2000 bis 2003 nahm er die Funktion eines Abteilungsleiters der Bereitschaftspolizei des Landes NRW beim PP Wuppertal wahr. Ende 2003 wechselte er an die FHöV NRW nach Dortmund und ist dort seither hauptamtlicher Dozent im Fachbereich Polizeivollzugsdienst in verschiedenen Fächern mit dem Schwerpunkt Eingriffsrecht. Seit mehreren Jahren ist er Vorsitzender des Landesfacharbeitskreises Eingriffsrecht. Daneben ist er als Gutachter für die FHöV NRW und die Ruhruniversität Bochum tätig. Er ist seit 1982 verheiratet, hat eine Tochter, einen Sohn und zwei Enkelkinder.

## Inhaltsverzeichnis mit Gliederung

<b>Vorwort</b> .....	III
<b>Zu diesem Lehrbuch</b> .....	III
<b>Zum Verfasser</b> .....	V
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	XV
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	XIX

### Hauptstudium I

#### 1. Kapitel

<b>Körperliche Untersuchung</b> .....	1
I. Die körperlich Untersuchung zur Gefahrenabwehr .....	2
II. Die körperlich Untersuchung zur Strafverfolgung .....	2
1. Die körperliche Untersuchung des Beschuldigten .....	3
1.1 Einfache körperliche Untersuchung .....	4
1.2 Körperliche Eingriffe .....	6
1.3 Allgemeine Rechtmäßigkeitsanforderungen .....	9
1.4 Anordnungs-, Verfahrens- und Formvorschriften.....	9
1.5 Hinweis .....	14
1.6 Beispiele für die Blutprobenentnahme und andere körperliche Eingriffe bei Beschuldigten .....	14
2. Die körperliche Untersuchung bei anderen Personen.....	15
2.1 Einfache körperliche Untersuchung .....	16
2.2 Körperliche Eingriffe .....	19
2.3 Allgemeine Rechtmäßigkeitsanforderungen.....	21
2.4 Anordnungs-, Verfahrens- und Formvorschriften.....	21
III. Die körperliche Untersuchung bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten.....	23
1. Ermächtigungen .....	23
2. Ermächtigungsbegrenzende Bestimmungen .....	25
3. Verfahrens- und Formvorschriften .....	26

### Hauptstudium 1

#### 2. Kapitel

<b>Molekulargenetische Untersuchungen (DNA-Analyse)</b> .....	27
---	----

#### Erster Abschnitt

##### Molekulargenetische Untersuchung zur Gefahrenabwehr

<b>- Molekulargenetische Untersuchungen zur Identitätsfeststellung</b> .....	28
1. Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	28
2. Anordnungsbefugnis .....	30
3. Datennutzung .....	30

#### Zweiter Abschnitt

<b>Molekulargenetische Untersuchungen in der StPO</b> .....	30
---	----

I.. Molekulargenetische Untersuchungen zur Klärung einer Straftat .....	30
1. Ermächtigungsgrundlage .....	30
2. Verfahrensvorschriften .....	33
3. Nutzung der Daten .....	34
II. Molekulargenetische Untersuchungen zu erkennungsdienstlichen Zwecken .....	35
1. Ermächtigungsgrundlage .....	35
2. Allgemeine Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen.....	38
3. Verfahrens- und Formvorschriften .....	39

4.	Nutzung der Daten .....	39
III.	Reihengentest (Massenscreening) .....	39
1.	Ermächtigungsgrundlage .....	40
2.	Verfahrens- und Formvorschriften .....	42
3.	Nutzung der Ergebnisse .....	42

## Hauptstudium 1

### 3. Kapitel

<b>Erkennungsdienstliche Maßnahmen</b> .....		43
I.	Erkennungsdienstliche Maßnahmen zur Gefahrenabwehr .....	45
1.	Erkennungsdienstliche Maßnahmen zur Identitätsfeststellung .....	45
2.	Erkennungsdienstliche Maßnahmen zum Zwecke des Erkennungsdienstes und zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten .....	47
3.	Hinweise .....	53
II.	Erkennungsdienstliche Maßnahmen zur Strafverfolgung .....	54
1.	Erkennungsdienstliche Maßnahmen zur Identitätsfeststellung .....	54
2.	Erkennungsdienstliche Maßnahmen zur Klärung einer Straftat .....	54
III.	Erkennungsdienstliche Maßnahmen zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten .....	60

## Hauptstudium 1

### 4. Kapitel

<b>Wohnungsverweisung/Rückkehrverbot</b> .....		61
1.	Ermächtigungsgrundlage .....	63
2.	Allgemeine Rechtmäßigkeitsanforderungen .....	69
3.	Verfahrens- und Formvorschriften .....	72
4.	Durchsetzung der polizeilichen Maßnahmen .....	75
5.	Anwendungsbeispiele .....	75

## Hauptstudium 1

### 5. Kapitel

<b>Beschlagnahme zur Sicherung der Einziehung oder Unbrauchbarmachung nach §§ 74 ff und §§ 73 ff StGB und nach dem OwiG</b> .....		80
A.	Einziehung im Rahmen der Strafverfolgung .....	81
I.	Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten .....	85
1.	Ermächtigung .....	85
2.	Verfahrens- und Formvorschriften .....	105
II.	Einziehung von Taterträgen .....	110
1.	Ermächtigung .....	111
2.	Verfahrens- und Formvorschriften .....	122
3.	Reform der Opferentschädigung .....	122
B.	Einziehung im Rahmen der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten .....	133
1.	Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten .....	133
2.	Einziehung von Taterträgen .....	137

**Hauptstudium 1****6. Kapitel**

<b>Grundsätze des Zwanges</b> .....	139
-------------------------------------	-----

**Erster Abschnitt**

<b>Notwendigkeit und Bedeutung des Zwanges/Zwangsverfahren</b> .....	139
--	-----

I. Wesen des Zwanges .....	140
II. Gewaltmonopol des Staates .....	140
III. Zwang als Beugemittel .....	141
IV. Andere Formen der Durchsetzung staatlicher Anordnungen .....	143
V. Grundsätzliches Erfordernis besonderer gesetzlicher Zwangsermächtigungen .....	144
VI. Androhung des Zwanges.....	145
VII. Handlungsarten im Rahmen der Zwangsanwendung.....	146
VIII. Das Zwangsverfahren .....	147
1. Im Rahmen der Gefahrenabwehr .....	147
2. Im Rahmen der Straf- oder Ordnungswidrigkeitenverfolgung.....	148

**Zweiter Abschnitt**

<b>Zwangsermächtigungen</b> .....	148
-----------------------------------	-----

I. Zwangsermächtigungen zur Gefahrenabwehr .....	149
1. Besondere/spezielle Zwangsbefugnisse zur Gefahrenabwehr.....	149
2. Allgemeine Zwangsbefugnisse zur Gefahrenabwehr nach § 50 PolG .....	151
II. Zwangsbefugnisse zur Strafverfolgung(Owi-Verfolgung).....	160

**Dritter Abschnitt**

<b>Die Zwangsmittel/Zwangsmittelermächtigungen</b> .....	161
--	-----

I. Zwangsmittel zur Gefahrenabwehr .....	162
1. Die Ersatzvornahme .....	163
2. Das Zwangsgeld.....	169
3. Unmittelbarer Zwang .....	175
II. Zwangsmittel zur Straf- und Owi-Verfolgung .....	180

**Vierter Abschnitt**

<b>Art und Weise des unmittelbaren Zwanges</b> .....	181
--	-----

I. Begriffsbestimmungen und zugelassene Waffen.....	182
1. Körperliche Gewalt .....	183
2. Hilfsmittel der körperlichen Gewalt .....	183
3. Waffen .....	185
II. Anwendung körperlicher Gewalt, ihrer Hilfsmittel (ohne Fesselung), Schlagstockeinsatz .....	186
III. Fesselung von Personen.....	190
IV. Schusswaffengebrauch gegen Sachen und Tiere.....	193
V. Schusswaffengebrauch gegen Personen.....	196
1. Allgemeine Voraussetzungen.....	196
2. Besondere Voraussetzungen für den Schusswaffengebrauch gegen einzelne Personen.....	198
VI. Schusswaffengebrauch gegen Personen in einer Menschenmenge .....	211
VII. Besondere Waffen, Sprengmittel.....	213

**Fünfter Abschnitt**

<b>Sondervorschriften</b> .....	214
---------------------------------	-----

I. Handeln auf Anordnung .....	214
II. Hilfeleistungspflicht .....	217



**Hauptstudium 2****1. Kapitel****Grundzüge des Versammlungsrechts** .....218**Erster Abschnitt****Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit aus Art. 8 GG** .....218

1.	Ausgangspunkt	219
2.	Versammlungsbegriff	219
3.	Demonstration	221
4.	Garantien des Art, 8 I GG	221
5.	Gestaltungsfreiheit	222
6.	Grundrechtsträger und Teilrechte	223
7.	Schutzwirkung des Art. 8 I GG vor und nach der Versammlung	224
8.	„Informationseingriffe“ und Art. 8 I GG	225
9.	Schranken der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit	227

**Zweiter Abschnitt****Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit nach dem VersG** .....229

## Abschnitt I - Allgemeines.....230

## § 1 VersG.....230

1.	Allgemeines	230
2.	Der Versammlungsbegriff des VersG	231
3.	Teilrechte des VersG	233

## § 2 VersG.....234

1.	Pflicht zur Namensangabe	234
2.	Störungsverbot	235
3.	Waffenverbot	235

## § 3 VersG.....236

1.	Das Verbot	236
2.	Uniform, Uniformteile, gleichartige Bekleidungsstücke	237
3.	Ausdruck gemeinsamer politischer Gesinnung	238
4.	Öffentlich oder in einer Versammlung	238

## Abschnitt II - Öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen.....239

## § 5 VersG.....239

I.	Allgemeines	240
II.	Das Verbot	241
III.	Minusmaßnahmen zum Verbot	245
IV.	Ermessen	246

## § 6 VersG.....246

## § 7 VersG.....248

## § 8 VersG.....249

## § 9 VersG.....251

## § 10 VersG .....252

## § 11 VersG .....253

## § 12 VersG .....255

## § 12 a VersG .....257

I.	Allgemeines	258
II.	Erhebung personenbezogener Daten	259
III.	Speicherung der personenbezogenen Daten	260
IV.	Verwendung personenbezogener Daten	260
V.	Vernichtung personenbezogener Daten	261
VI.	Übermittlung personenbezogener Daten	261

§ 13 VersG .....	261
I. Allgemeines .....	261
II. Auflösung .....	262
III. Minusmaßnahmen zur Auflösung .....	266
IV. Pflicht zum Entfernen .....	267
Abchnitt III - Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge .....	267
1. Allgemeines .....	267
2. Unter freiem Himmel .....	268
§ 14 VersG .....	268
1. Allgemeines .....	268
2. Normzweck .....	269
3. Anmeldepflicht .....	270
4. Spontanversammlungen .....	271
5. Kooperationsgebot .....	272
§ 15 VersG .....	273
I. Allgemeines .....	274
II. Verbot .....	275
III. Beschränkende Verfügung als Minusmaßnahme zum allgemeinen Verbot .....	279
IV. Spezielles Verbot .....	281
V. Auflösung .....	282
VI. Beschränkende Verfügungen als Minuszeichen zur Auflösung .....	285
VII. Ermessen und Abwägungsaspekte .....	287
VIII. Blockade von Demonstrationen .....	287
§ 16 VersG .....	288
§ 17 VersG .....	289
§ 17 a VersG .....	290
1. Allgemeines .....	290
2. Passivbewaffnung .....	291
3. Vermummung .....	292
4. Ausnahmen .....	293
5. Befugnisse .....	294
§ 18 VersG .....	295
I. Entsprechend anzuwendende Vorschriften .....	295
II. Erlaubnispflicht für Ordner .....	296
II. Ausschluss von Teilnehmern .....	297
§ 19 VersG .....	298
1. Allgemeines .....	298
2. Pflichten des Leiters .....	299
3. Rechte des Leiters .....	300
§ 19 a VersG .....	301
§ 20 VersG .....	301
Abchnitt IV - Straf- und Bußgeldvorschriften .....	302
§ 21 VersG .....	302
1. Täter .....	302
2. Absicht .....	302
§ 22 VersG .....	303
§ 23 VersG .....	305
§ 24 VersG .....	306
§ 25 VersG .....	307
§ 26 VersG .....	308
I. Die Straftat in Nr. 1 .....	308
II. Die Straftat in Nr. 2 .....	309

§ 27 VersG .....	309
I. Straftat nach § 17 a I VersG .....	310
II. Straftat nach § 17 a II VersG .....	311
§ 28 VersG .....	312
§ 29 VersG .....	312
§ 29 a VersG .....	314
§ 30 VersG .....	315
§§ 31 – 33 VersG .....	315
<b>Dritter Abschnitt</b>	
<b>Aufgabenzuweisungen und sachliche Zuständigkeiten im Versammlungsrecht .....</b>	<b>316</b>
<b>Hauptstudium 2</b>	
<b>2. Kapitel</b>	
<b>Grundzüge des Waffenrechts .....</b>	<b>319</b>
<b>Erster Abschnitt</b>	
<b>Anwendungsbereich des WaffG .....</b>	<b>320</b>
1. Sachlicher Anwendungsbereich .....	320
2. Örtlicher Geltungsbereich .....	320
<b>Zweiter Abschnitt</b>	
<b>Grundbegriffe des Waffenrechts .....</b>	<b>320</b>
1. Erwerb .....	321
2. Besitz .....	321
3. Überlassen .....	321
4. Führen .....	321
5. Führverbot bei öffentlichen Veranstaltungen .....	323
6. Führverbot von Anscheinswaffen, Hieb- und Stichwaffen, bestimmten Messern .....	324
7. Verbringen .....	327
8. Schießen .....	327
9. Mitführen und Aushändigen von Papieren .....	329
10. Aufbewahrung .....	329
11. Sicherstellung/Beschlagnahme/Einziehung .....	331
<b>Dritter Abschnitt</b>	
<b>Waffenrechtliche Einordnung von Schusswaffen .....</b>	<b>332</b>
1. Erlaubnisfreie Schusswaffen .....	332
2. Teilweise erlaubnisfreie Schusswaffen i.S. des § 1 II Nr. 1 WaffG .....	340
3. Teilweise erlaubnisfreie Schusswaffen .....	348
<b>Vierter Abschnitt</b>	
<b>Waffenrechtliche Einordnung von Gegenständen .....</b>	<b>358</b>
1. Verbotene Waffen .....	358
2. Teilweise verbotene Waffen .....	371
3. Hieb- und Stoßwaffen .....	376
<b>Fünfter Abschnitt</b>	
<b>Waffenrechtliche Einordnung von Munition und Pyrotechnik .....</b>	<b>386</b>
1. Verbotene Munition .....	386
2. Erlaubnispflichtige Munition/Treibladungspulver .....	388
3. Erlaubnisfreie Munition .....	389
4. Pyrotechnische Gegenstände .....	391

**Sechster Abschnitt**

<b>Zuständigkeit im Waffenrecht</b> .....	394
---	-----

**Hauptstudium 2****3. Kapitel**

<b>Immissionen, Ruhe- und Ordnungsstörungen (exemplarisch), sachliche Zuständigkeiten der Polizei als Verwaltungsbehörde</b> .....	397
--	-----

1. Die Polizei als Verwaltungsbehörde .....	398
2. Die Polizei als Ermittlungsbehörde .....	419

**Hauptstudium 2****4. Kapitel**

<b>Polizeiliche Aufgaben und Befugnisse im Aufenthaltsrecht (Überblick)</b> .....	427
---	-----

I. Überblick über das Ausländerrecht .....	427
1. Aufenthaltsgesetz .....	428
2. Freizügigkeitsgesetz/EU .....	432
3. Asylgesetz .....	437
II. Aufgaben und Befugnisse .....	450
1. Allgemeine Zuständigkeitsregelungen für das Ausländerwesen .....	450
2. Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten .....	454
3. Polizeiliche Aufgaben und Befugnisse .....	456

**Hauptstudium 2****5. Kapitel**

<b>Polizeiliche Aufgaben und Befugnisse im Gewerberecht (Überblick)</b> .....	477
---	-----

I. Überblick über das Gewerberecht .....	477
1. Gewerbeordnung (GewO) .....	478
2. Gesetz zur Ordnung des Handwerks (Handwerksordnung – HwO) .....	479
3. Gaststättenrecht .....	481
4. Ladenschlussgesetz .....	486
5. Personenbeförderungsgesetz .....	489
II. Aufgaben und Befugnisse .....	493
1. Allgemeine Zuständigkeitsregelungen .....	493
2. Polizeiliche Aufgaben und Befugnisse .....	498

**Hauptstudium 2****6. Kapitel**

<b>Polizeiliche Aufgaben und Befugnisse im Jugendschutzrecht (Überblick)</b> .....	507
--	-----

I. Überblick über das Jugendschutzrecht .....	507
1. Jugendschutzgesetz (JuSchG) .....	507
2. Jugendschutz-Staatsvertrag (JMStV) der Länder .....	509
II. Aufgaben und Befugnisse .....	512
1. Allgemeine Zuständigkeitsregelungen .....	512
2. Polizeiliche Aufgaben und Befugnisse .....	512

**Hauptstudium 2****7. Kapitel**

<b>Sicherstellung und Beschlagnahme von Führerscheinen</b> .....	520
I. Rechtsgrundlagen im Überblick.....	520
1. Eingriffsermächtigung .....	520
II. Anwendung der Rechtsgrundlagen .....	523
1. Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Sicherstellung und Beschlagnahme von Führerscheinen .....	523
2. Verfahrens- und Formvorschriften .....	532
3. Rückgabe des Führerscheins .....	533

**Hauptstudium 3****1. Kapitel**

<b>Die Datenverarbeitung - Übersicht ohne wesentliche Datenerhebungsvorschriften</b> .....	534
--	-----

**Erster Abschnitt**

<b>Rechtliche Ausgangslage/Gesetz- und Rechtsbeziehungen</b> .....	534
I. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung .....	534
1. Die Rechte auf Menschenwürde und Freiheit als Anspruchsgrundlage .....	534
2. Das informationelle Selbstbestimmungsrecht .....	536
3. Das Recht auf Auskunft .....	537
4. Grenzen der Rechte .....	538
II. Gesetzliche Ermächtigungen zur Datenverarbeitung.....	539
1. Bereichsspezifische Regelungen der Datenverarbeitung .....	539
2. Einzelgesetzliche Datenverarbeitungsvorschriften .....	540
3. Das Datenschutzgesetz .....	540

**Zweiter Abschnitt**

<b>Verwendung personenbezogener Daten im Rahmen der Gefahrenabwehr</b> .....	541
I. Datenerhebung.....	542
II. Datenspeicherung, Datenänderung, Datennutzung .....	542
1. Spezielle Regeln zur Datenspeicherung,- veränderung, -nutzung.....	542
2. Allgemeine Regeln über die Dauer der Datenspeicherung .....	543
3. Zweckbindung und Zweckdurchbrechung, insbesondere Nutzung polizeirechtlicher Daten zur Strafverfolgung.....	545
4. Allgemeine Regelung der Datenspeicherung, Veränderung, Nutzung .....	548
4.1 Generelle Ermächtigung.....	548
4.2 Verwendung strafprozessualer Daten zur Gefahrenabwehr .....	549
4.3 Verwendung von Daten anderer öffentlicher Stellen.....	553
4.4 Verwendung von Daten aus der Owi-Verfolgung zur Gefahrenabwehr .....	554
4.5 Weitere Möglichkeiten der Speicherung, Änderung und Nutzung von Daten .....	555
5. Datenabgleich/Fahndung .....	556
III. Datenübermittlung .....	561
1. Spezielle Ermächtigungen der Datenübermittlung.....	562
2. Allgemeine Regeln der Datenübermittlung, § 26 PolG.....	562
3. Datenübermittlung zwischen Polizeibehörden, § 27 PolG .....	565
4. Datenübermittlung an andere öffentliche Stellen (der Gefahrenabwehr), § 28 PolG.....	568
5. Datenübermittlung an private Stellen und an Privatpersonen, § 29 PolG.....	570
IV. Fahndungsermächtigungen als Grundlagen zur Datenverarbeitung .....	576
V. Berichtigung, Löschung, Sperrung von Daten; Sicherung des Datenschutzes .....	576

**Dritter Abschnitt**

<b>Verwendung personenbezogener Daten im Rahmen der Strafverfolgung</b> .....	577
I. Befugnisse zur Datenerhebung .....	578
II. Abgeleitete Befugnisse zur Verwendung (Nutzung/Übermittlung) personensbezogener Daten .....	578
III. Datennutzung, § 483 StPO .....	580
1. Generalklausel der Nutzung von strafprozessualen Daten .....	580
2. Einschränkende bzw. spezielle Regeln der Datennutzung .....	581
3. Nutzung polizeirechtlicher Daten zur Strafverfolgung .....	583
4. Datenabgleich zur Klärung einer Straftat .....	585
IV. Datenspeicherung .....	586
V. Besondere Vorschriften für die Datenübermittlung .....	587
1. Allgemeine Regeln zur Datenübermittlung .....	588
2. Austausch von Erkenntnissen unter Strafverfolgungsbehörden der EU .....	589
VI. Fahndung .....	589
1. Ausschreibung zur Festnahme .....	589
2. Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung .....	595
2.1 Behördeninterne Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung .....	596
2.2 Öffentlichkeitsfahndung zur Aufenthaltsermittlung .....	596
2.3 Anordnung der Öffentlichkeitsfahndung zur Aufenthaltsermittlung .....	597
3. Aufklärungsfahndung .....	597
VII. Dateiregelungen .....	600
1. Generalklausel .....	600
2. Repressive Vorsorgedateien .....	601
3. Datei zur Vorgangsverwaltung .....	602
4. Erweiterung der Nutzungsbefugnis .....	602
VIII. Akteneinsicht, Auskünfte aus Akten und Dateien .....	602
IX. Vernichtung, Sperrung, Löschung von Daten .....	603

**Vierter Abschnitt**

<b>Verwendung personenbezogener Daten</b> .....	603
---	-----

**Hauptstudium 3****2. Kapitel****Regelungen in der internationalen/grenzüberschreitenden Zusammenarbeit**

<b>(Überblick)</b> .....	608
--------------------------	-----

**Erster Abschnitt**

<b>Sonderregelungen über örtliche Zuständigkeiten nach dem POG NRW</b> .....	608
--	-----

**Zweiter Abschnitt**

<b>Das Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ)</b> .....	610
--	-----

**Dritter Abschnitt**

<b>Regelungen über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen</b> .....	633
--	-----

**Vierter Abschnitt**

<b>Staatsvertragsrechtliche Vereinbarungen</b> .....	655
--	-----

<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	700
-----------------------------------	-----